

urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



Städte im Krisenmodus

Gemeinden im Krisenmodus

Kommentar von René Gneist

S 3

Schutz kritischer Infrastrukturen

Gastkommentar von Bernhard Müller

S 4

Daseinsvorsorge ausbauen

Kommentar von Monika Wipplinger und Thomas Kattinig

S 10



Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Dr. Bernhard Müller
ist Generalsekretär von
Urban Forum

Nicht nur geopolitisch befinden wir uns in Zeiten multipler Krisen – Kriege, verheerende Folgen des Klimawandels, immer stärkeres Auseinanderdriften von Arm und Reich, Fake News als Instrument von Autokraten, Wahlgewinne extremer/demokratiefeindlicher Parteien –, auch die Städte erleben diese. Von der immer größer werdenden Herausforderung der Finanzierung kommunaler Haushalte, über die Bereitstellung einer schier unendlichen Liste an öffentlichen Leistungen und der Daseinsvorsorge bis zur Gewährung der öffentlichen Sicherheit und notwendige Reaktionen auf Verheerungen ökologischer Ausnahmesituationen. Der Druck auf die Bürgermeister:innen ist enorm. So wird es auch zum Problem für die Demokratie, dass (teils verständlicherweise) immer weniger Menschen bereit sind, sich kommunalpolitisch zu engagieren, weil dies enorm fordernd, oft unbedankt und mit dem Zivilberuf bzw. Familienleben schwer vereinbar ist. Trauriger Höhepunkt war vor Kurzem die Ermordung eines oberösterreichischen Bürgermeisters wegen

eines Streits im Jagdmilieu. Bundespolitische Akteur:innen sollten diese Alarmzeichen für die Demokratie ernst nehmen und gemeinsam mit Landespolitiker:innen entsprechende Zukunftskonzepte entwickeln, einerseits das Bürgermeister:innenamt wieder attraktiver zu machen und andererseits der zunehmenden Hegemonie der Wutbürgerschaft (nicht zu verwechseln mit aufgeklärten, kritischen, mündigen Bürger:innen) entschieden entgegenzutreten. Das Zusammenleben, erst recht im Fall von Nutzungskonflikten, ist nicht immer leicht, und wir müssen es uns täglich erarbeiten. Es gibt zum friedlichen Miteinander aber keine Alternative. Den vielen Politiker:innen und auch Ehrenamtlichen auf kommunaler Ebene kann nicht genug für ihr Engagement gedankt werden. Ein Agieren im Krisenmodus ist leider fast schon zur Normalität geworden.

Wir wünschen Ihnen erholsame Feiertage und uns allen ein gutes, friedliches und gesundes Jahr 2025!



Mag. Andreas Holzer

Coaching und Beratung für Führungskräfte und Menschen im politischen Feld

Entwickeln wir Strategien für nachhaltigen Erfolg und überzeugende Kommunikation. Profitieren Sie von meiner Expertise in Politikforschung, Strategieberatung und Prozessbegleitung

Jetzt Kontakt aufnehmen:

www.andreasholzer.at

E-Mail: mail@andreasholzer.at

Impressum: **Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**
Chefredaktion: Dr. Bernhard Müller | Tel.: +43/2622 21132 |
Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at
Neunkirchner Straße 15/7, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700
Foto Titelseite: © Shutterstock

Gemeinden im Krisenmodus – es ist fünf Minuten vor Zwölf!



Stellen wir uns vor, dass plötzlich keine Straßen saniert werden, die öffentliche Beleuchtung nicht mehr repariert, das Kanalsystem nicht mehr gewartet wird, kein Geld mehr für Personal in Kindergärten vorhanden ist, Kinderspielplätze nicht mehr versorgt werden können oder für die Anschaffungen der Freiwilligen Feuerwehren kein Geld vorhanden ist. Situationen, die immer wahrscheinlicher werden, die aber, so scheint es, auf wenig Interesse in der Landes- und Bundespolitik stoßen.

Während die Gemeinden nun bereits seit 2020 von einer Krise in die nächste schlittern, versucht man mit Fördermitteln im Investitionsbereich entgegenzusteuern. Leider wurde vom Fördergeber nicht verstanden, dass die Krisen den operativen Haushalt der Gemeinden gefährden und für den investiven Haushalt das Kapital fehlt, um die Projekte umzusetzen. Werden diese nicht verwirklicht, werden auch keine Fördermittel ausgeschüttet. Die kommunalen Investitionspakete waren medial durchaus erfolgreich, werden aber nur wenige Kommunen vor dem drohenden Kollaps bewahren. Deprimierend an der Gesamtsituation ist, dass alle Faktoren, die den operativen Haushalt der Gemeinden gefährden, nicht von ihnen verursacht wurden, wie beispielsweise Gehaltserhöhungen (16% in den letzten beiden Jahren), Zinssteigerungen, Kindergartenoffensiven, Erhöhungen der Energiekosten, Steigerung des Baukostenindex, Gesetzesänderungen und vieles mehr. Nun hätte man durch einen dynamischen Finanzausgleich durchaus unterstützen können, jedoch das Gegenteil ist der Fall. Die Ertragsanteile steigen lediglich um 1%, während die Beiträge zu den Spitälern, der Sozi-

alhilfeumlage und der Jugendwohlfahrt um 6 bis 10% steigen. Dies hat für 2025 folgende zwei Effekte: Einerseits erfahren die Ertragsanteile nicht die benötigte Steigerung, um die Belastungen der vergangenen zwei Jahre auszugleichen, da die Ausgaben bei den Ertragsanteilen das eine Prozent nicht nur eliminieren, sondern sogar in den negativen Bereich führen und andererseits trifft es die Bürgerinnen und Bürger, da weniger Finanzmittel für wichtige Umsetzungen vorhanden sind. Viele der Fachleute warnen vor einem drohenden Kollaps und wöchentlich werden Maßnahmen von Kommunen bekannt, die gesetzt werden, um den Haushalt im Budgetjahr 2025 halbwegs stabil zu halten. Von Überschüssen ist man weit entfernt. Vielmehr geht es um Schadensbegrenzung.

Befinden sich Gemeinden im Krisenmodus, so bedeutet das vorerst Konsolidierungsschritte einzuleiten. Konsolidierung hat jedoch zur Folge, dass entweder Einnahmen gesteigert werden oder Ausgaben reduziert werden müssen – oder im schlimmsten Fall beides. Versucht man die Einnahmen zu steigern, hat das im Regelfall mit Erhöhungen von Abgaben oder Beiträgen zu tun und belastet in weiterer Folge vor allem die Bevölkerung, die man mit gezielten Gehaltsanpassungen entlasten wollte. Reduziert man die Ausgaben, trifft es vor allem die Unternehmen oder bei Förderungen ebenfalls die privaten Haushalte oder Vereine mit ehrenamtlichen Tätigkeiten, im sozialen Bereich aber jene Menschen, die bereits am Existenzminimum leben. Wir Gemeinden sind es gewohnt, mit und in Krisen zu arbeiten, da wir den direkten Kontakt zu den Betroffenen pflegen und ihnen auch direkt Rede und Antwort stehen müssen. Die

Konsolidierungsschritte wurden 2024 bereits eingeleitet und werden sich 2025 und voraussichtlich auch 2026 weiterführen. Wir hoffen auf ein vernünftiges Entlastungspaket, nicht um Prestigeprojekte umzusetzen, sondern vielmehr, um den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern wieder eine Perspektive geben zu können, um unseren Kernaufgaben wie der Erhaltung von Schulen, Kindergärten und Horten gerecht zu werden, die Infrastruktur sicher gestalten zu können, den Bedürftigen die notwendige Unterstützung zu gewähren und den Unternehmen eine stabile und kalkulierbare Auftragslage in Aussicht stellen zu können. Schaffen wir das nicht, wird die entstehende Spirale drastische Folgen haben. Es ist fünf Minuten vor Zwölf und keiner hat noch an der Uhr gedreht.



René Gneist, MA

Stadtdirektor Stadtgemeinde Bad Vöslau
1. Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft
Stadtdirektoren Niederösterreich

© zlv

Schutz kritischer Infrastrukturen

Hochwasser, Cyberangriffe, Terrorbedrohungen etc. treffen insbesondere urbane Siedlungsräume in Mark und Bein. Nirgendwo anders ist die Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen höher als dort. Und noch nie waren kritische Infrastrukturen, also Einrichtungen, die für das Funktionieren des Staats und das Aufrechterhalten gesellschaftlicher Funktionen wesentlich sind, bedrohter als jetzt: Energie, Verkehr, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, Bankwesen und Finanzmarkinfrastruktur, Lebensmittel und öffentliche Verwaltung. Fällt etwa aufgrund eines Blackouts der Strom längerfristig und flächendeckend aus, so geht – im wahrsten Sinne des Wortes – der Gesundheits-, Trinkwasser-, Abwasser-, Lebensmittelversorgung, dem Transportwesen, den Banken, aber auch der öffentlichen Verwaltung „das Licht aus“ und es kommt zu einem Kollaps der kritischen Infrastrukturen und damit auch des staatlichen Gemeinwesens.

Gegen Angriffe aus dem Cyberraum müssen kritische Infrastrukturen seit Erlass des Netz- und Informationssystemsystemsicherheitsgesetzes („NISG“) aus 2018 gerüstet sein. Dieses hätte aufgrund der überarbeiteten NIS2-Richtlinie (EU) 2022/2555 bis 18.10.2024 grundlegend erneuert werden müssen. Die Gesetzesvorlage wurde vor den Nationalratswahlen aber nicht beschlossen. Noch schlimmer steht es um die EU-Richtlinie zur Resilienz Kritischer Einrichtungen („RKE-RL“), die Maßnahmenpakete zur Steigerung der physischen Sicherheit bei „kritischen Einrichtungen“ enthält; hier gibt es noch nicht einmal einen Entwurf eines Umsetzungsgesetzes. Dabei geht hier um den unverzichtbaren Schutz der Kraftwerke, Verkehrsinfrastruktur, der Trinkwasserver- und der Abwasserentsorgung etc., die bis dato lediglich aufgrund eines Public Privat Partnerships, also einer freiwilligen Zusammenarbeit zwischen Staat und Betreiber im Rahmen des Österreichischen Programms zum Schutz kritischer Infrastrukturen „ACIP“ geschützt wurden. Zielt der neuen RKE-RL ist die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) von physischen Einrichtungen, die essenzielle gesellschaftliche Funktionen oder wirtschaftliche Tätigkeiten erbringen. Konkret ist Resilienz die Fähigkeit einer kritischen Einrichtung, einen Sicherheitsvorfall zu verhindern, sich davor zu schützen, darauf zu reagieren, einen solchen abzuwehren, die Folgen eines solchen Vorfalls zu begrenzen, einen Sicherheitsvorfall aufzufangen, zu bewältigen und sich von einem solchen Vorfall zu erholen.

Resilienzmaßnahmen sind:

- **Vorsorge:** Präventivmaßnahmen gegen Vorfälle, Disaster und Klimawandel
- **Physische Sicherheit:** Absicherung der Liegenschaften und kritischen Infrastrukturen mit physischen Schutzmaßnahmen, Perimeterüberwachung, Detektion, Zutrittskontrolle
- **Krisen:** Risiko- und Krisenmanagement zur Bewältigung von Krisen, mit definierten Prozeduren, Protokollen und Alarmierung
- **Wiederherstellung:** Business Continuity Management und Maßnahmen zur Wiederherstellung nach Vorfällen
- **Personal:** Sicherheitsmanagement und besondere personelle Sicherheit, Zutrittskontrolle, Sicherheitsüberprüfung, einschließlich externem Personal und Dienstleistern
- **Awareness** des Personals durch Schulungen, Informationsmaterial und Übungen erhöhen

Was müssen die Betreiber kritischer Infrastrukturen nun tun, wenn die Richtlinie in Österreich verspätet (Frist war Oktober) umgesetzt wird:

- Durchführung von Risikobewertung durch kritische Einrichtung
- Erstellung eines Resilienzplans oder gleichwertiger Dokumente
- Umsetzung geeigneter und verhältnismäßiger technischer, sicherheitsbezogener und organisatorischer Maßnahmen
- Benennung eines Ansprechpartners für die zuständigen Behörden
- Anträge auf Zuverlässigkeitsüberprüfungen können gestellt werden
- Meldung von erheblichen Sicherheitsvorfällen an Behörde
- Vor-Ort-Kontrollen der kritischen Infrastruktur und der Räumlichkeiten
- Audits bei kritischen Einrichtungen durch Behörde.



© zVg

Priv.-Doz. Dr. Bernhard Müller

ist Rechtsanwalt in Wien und wurde 2009 an der Universität Wien von Prof. Heinz Mayer für „Öffentliches Rech“ habilitiert. Er ist seit mehr als 30 Jahren Milizoffizier beim Österreichischen Bundesheer. Mit dem Schutz kritischer Infrastrukturen beschäftigt er sich als Rechtsanwalt, Universitätsdozent und Milizoffizier gleichermaßen

„Städte stehen vor massiven Herausforderungen“

Frau Blaha, auf YouTube findet man ein Kurzvideo von Ihnen, wo Sie die Frage „Muss Österreich wirklich sparen?“ stellen. Sie geben darauf auch eine Antwort, für ein Österreich in krisenhaften Zeiten mit schwächelnder Wirtschaft. Sparen oder investieren? Lassen Sie unsere Leserinnen und Leser an Ihrer Analyse teilhaben.

In Krisenzeiten ist Sparen das falsche Signal. Eine schwächelnde Wirtschaft braucht Impulse, um wieder in Schwung zu kommen. Sparmaßnahmen verschärfen unsere Probleme, weil sie Nachfrage und Kaufkraft abwürgen. Österreich könnte seine wirtschaftlichen Herausforderungen gezielt mit Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Klimaschutz und Pflege angehen. Diese Ausgaben schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern stärken langfristig die Widerstandskraft unserer Wirtschaft. Gerade jetzt braucht es eine mutige Politik, die in die Lebensqualität der Bevölkerung und die Stabilität der Wirtschaft investiert.

Sie haben in einem Gastkommentar für die Kleine Zeitung im Oktober „Wirtschafts-Turbo statt Sparflamme“ gefordert. Welche Rolle kommt dem öffentlichen Sektor und der Daseinsvorsorge zu?

Ein starker öffentlicher Sektor ist das Rückgrat einer funktionierenden Gesellschaft. Der Staat sorgt dafür, dass grundlegende Bedürfnisse – wie Bildung, Gesundheit und Mobilität – für alle Menschen zugänglich sind, unabhängig von ihrem Einkommen. In Krisenzeiten ist der öffentliche Sektor besonders wichtig, da er Stabilität gewährleistet und selbst dann noch Geld für Investitionen in die Hand nehmen kann, wenn private Unternehmen zögern. Die Daseinsvorsorge ist nicht nur eine Absicherung, sondern ein Garant für soziale Gerechtigkeit. Sie ist unerlässlich, um den „Wirtschafts-Turbo“ zu zünden – und auf das Klima nicht zu vergessen.

Es ist bekannt, dass Sie Initiativen für eine klimagerechte, verkehrssichere Stadt mit hoher Lebensqualität unterstützen. Sie sprechen von „menschengerichter Stadt“, wie würden Sie so einen Lebensraum definieren?



Eine menschengerechte Stadt ist eine Stadt, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, nicht auf Autos oder die Interessen von Immobilienkonzernen. Hierzu zählen grüne Freiflächen, fußgänger- und fahrradfreundliche Straßen, leistbares Wohnen und eine kluge Infrastruktur, die allen kurze Wege ermöglicht. Es geht darum, das urbane Leben wieder lebenswert zu machen, Begegnungen zu fördern und die Gesundheit zu stärken. Eine Stadt, in der alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu öffentlichen Räumen haben und die klimafreundlich sowie sozial ausgewogen gestaltet ist, das ist eine menschengerechte Stadt.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für die urbanen Zentren und welche Lösungen würden Sie dafür vorschlagen?

Städte stehen vor massiven Herausforderungen: Wohnungsknappheit, steigende Mieten, Verkehrsprobleme und die Auswirkungen des Klimawandels belasten zunehmend die Lebensqualität. Lösungen sind nur durch integrierte Stadtplanung möglich. Dazu gehören eine wirksame Mietpreispolitik, der Ausbau des öffentlichen Wohnbaus genauso wie des Verkehrs und das rasante Ausbauen von Rad- und Fußwegen. Städte müssen grüner und sozialer werden, um lebenswert zu bleiben. Ein weiterer Schritt ist die Anpassung an den Klimawandel durch Hitzeinseln-Management, Grünflächen-Ausbau und Gebäudebegrünung.

Abschließend: Sie leiten das Momentum Institut, laut Eigendefinition ein „Think Tank der Vielen“. Was darf man darunter verstehen?

Das Momentum Institut ist eine Denkfabrik, die nicht nur Expertinnen, sondern die gesamte Gesellschaft in die Diskussion einbeziehen will. Wir arbeiten an einer sozial gerechten Zukunft, in der nicht nur einige wenige profitieren, sondern das Gemeinwohl im Zentrum steht. Unser Ansatz ist partizipativ, Momentum will eine Plattform sein, die wissenschaftliche Analysen zugänglich macht und sich für eine nachhaltige, faire und sozial gerechte Politik stark macht. Wir sind ein Think Tank, der Impulse für ein solidarisches Österreich gibt.



© Markus Zahradnik

Mag.^a Barbara Blaha arbeitet am liebsten an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Sie leitet das Momentum Institut wie den Momentum Kongress und ist Universitätsrätin der Universität Wien

Zoom und Sicherheit in der EU

Diesen Sommer wurde ich zu einer Online-Diskussion über Zoom und die EU-Sicherheit eingeladen. Obwohl Zoom keine offiziell zugelassene IT-Lösung für die EU ist, begann die Europäische Kommission, die Plattform während und nach der Pandemie für „nicht sensible Online-Workshops und Webinare“ zu nutzen. Als Podiumsteilnehmer erklärte Hannes Heide, Mitglied des Europäischen Parlaments, dass bei Fraktionssitzungen, bei denen über die inhaltliche Strategie und die politische Arbeit gesprochen wird, der Zugang eingeschränkt ist. Und die EU setzt dafür Webex ein. Öffentliche Debatten, Plenarsitzungen und Ausschusssitzungen sind jedoch normalerweise für jedermann zugänglich, wobei eine Vielzahl von Plattformen, einschließlich Zoom, genutzt werden kann. *„Die Verantwortung für unsere Sicherheit und die Nutzung der technischen Infrastruktur liegt bei der sogenannten Generaldirektion für Innovation und technologische Unterstützung. Die Leute dort sind hoch qualifiziert und zuverlässig, wenn es um die Beurteilung von Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit technischer Infrastruktur geht. Und die Europäische Kommission bewertet die vertraglichen Vereinbarungen, die die Übermittlung personenbezogener Daten beinhalten, ständig neu. Die Bewertung basiert auf verschiedenen Parametern“*, sagte Heide.

Was die technischen Aspekte von Zoom betrifft, sind die Dinge jedoch nicht so einfach. Wie ein weiterer Diskussionsteilnehmer, Bernd Herger von der Wiener Bildungsakademie betonte, war Zoom anfangs mit ernsthaften Sicherheitsproblemen konfrontiert, wie z. B. das „Zoom-Bombing“, bei dem Internet-Trolle Meetings stören oder der Diebstahl und Verkauf von Kontodaten im Dark Web. Die Sicherheitsvorkehrungen von Zoom waren nicht dafür ausgelegt, einen massiven Anstieg der Nutzerzahlen während und nach der Pandemiezeit zu bewältigen. Die einfache Freigabe von Meeting-IDs ohne zusätzliche Kontrollen machte es

Unbefugten leicht, an Meetings teilzunehmen. Dieser Mangel an strengen Sicherheitsmaßnahmen führte zu erheblichen Problemen und Verletzungen der Privatsphäre, so Herger. Die Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) legt strenge Regeln für die Sammlung, Verarbeitung und Speicherung von Daten fest, um die Privatsphäre des Einzelnen zu schützen. Zooms umfangreiche Datenerfassung, ohne klar zu definieren, warum die einzelnen Daten erfasst werden (z. B. die Speicherung von Daten wie MAC- und IP-Adressen), wirft erhebliche Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der DSGVO auf. Das Sammeln übermäßiger Daten ohne klare Rechtfertigung wird als Verstoß gegen die DSGVO betrachtet.

Zoom unterliegt US-amerikanischem Recht und speichert daher Aufzeichnungen und Protokolle aller Aktivitäten und Gespräche, was von den US-Justizbehörden verlangt wird, aber nach europäischem Recht illegal ist. Wenn ein Kunde die Löschung von Daten verlangt, werden diese aus technischer Sicht einfach als gelöscht markiert, können aber weiterhin abgerufen werden. Zusätzlich ist noch eine weitere eklatante Unredlichkeit von Zoom aufgefallen: Die Firma behauptete auf ihrer Website eine „End-to-End“-Verschlüsselung, was bedeutet, dass das Unternehmen und jeder, der dazwischen liegt, keinen Zugriff auf die ausgetauschten Daten hat. Beim Stand ihrer Technologie im Jahr 2020 war es nahezu unmöglich, ein Videogespräch mit mehr als vier Teilnehmern so zu verschlüsseln. Das Unternehmen hat diese Behauptung mittlerweile stillschweigend von seiner Website entfernt. Andere Unternehmen bieten mit kostenpflichtigen Diensten eine echte End-to-End-Verschlüsselung schon bei der Klienten-Software an. Webex zum Beispiel hat diese Funktionalität und ist seit mehr als zehn Jahren auf dem Markt. Sie wird von der Bundeswehr, vielen großen Unternehmen und Regierungsbehörden genutzt.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer des Forums, László Flamm vom EuropaHaus Budapest, bezog sich auf einen Online-Artikel mit dem Titel „Zoom Violates Users' Privacy“ (github.com), der von einem leitenden Zoom-Techniker verfasst wurde. Dieser teilte mit, dass er schockiert war, als er solche Tatsachen erfuhr, wie dass Zoom-Benutzer keine Datenautonomie haben, dass Zoom die Daten der Benutzer sichert, dass das Backend-Management-System von Zoom seinen Mitarbeitern erlaubt, sich in die Konten der Kunden einzuloggen und dann die gleichen Rechte wie der Besitzer des Kontos zu haben, dass Zoom Big Data verwendet, um neue Geschäftsmodelle und Trends zu finden, und dergleichen mehr.

Während des Forums wurde eine mögliche Initiative von vielen unterstützt: Europäische Alternativen zu Zoom sollten auf die EU-Agenda gesetzt werden. Europa muss noch wettbewerbsfähigere IT-Produkte entwickeln, um nicht auf ausländische Anbieter angewiesen zu sein, deren Datenschutzstandards möglicherweise nicht den europäischen Anforderungen entsprechen. *„Es gibt vielfältige und kritische Zusammenhänge/Wechselwirkungen zwischen Bürgerrechten, Datenschutz, Privatsphäre und Sicherheitsrisiken“*, wie Herr Flamm zu Recht hinzufügte. In der heutigen Zeit der digitalen Transformation ist es für die EU von größter Bedeutung, eigene IT-Lösungen zu haben.



© zlvj

MMag. Sascha Mundstein

IT-Experte, Strategie- und Technologieberater
Mitbegründer erster FinTech-Unternehmen in
den 1990er-Jahren

SFU Wien schafft Abhilfe und Orientierung im Gesetzesdschungel durch einen neuen, maßgeschneiderten Studiengang

Die Anforderungen an die Gemeindeverwaltungen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Immer mehr Gemeinden suchen rechtlich gut geschultes Personal, dass auch über Managementfähigkeiten verfügen soll. Aber auch Mandatar:innen – Bürgermeister:innen und Vorstandsmitglieder/Stadträt:innen – sollten zunehmend über diese Fähigkeiten verfügen, um die komplexer gewordenen rechtlichen und organisatorischen Anforderungen besser bewältigen zu können. Die SFU hat auf diese geänderten Verhältnisse reagiert und bietet mit dem Studiengang „Gemeinderecht und Gemeindemanagement“ dafür eine maßgeschneiderte Ausbildung an. Frau Professorin Weber, was macht den Studiengang „Gemeinderecht und Gemeindemanagement“ in Ihren Augen so besonders?

Der Studiengang zeichnet sich durch seine praxisorientierte Ausrichtung aus. Er kombiniert fundiertes rechtliches Wissen im öffentlichen Recht und Zivilrecht mit betriebswirtschaftlichen Kompetenzen und Führungskompetenzen, die speziell auf die Herausforderungen auf Gemeindeebene zugeschnitten sind. In dieser Form ist unser Angebot einzigartig.

Wer kann diese Ausbildung machen?

Unsere Zielgruppe sind primär Führungskräfte und Mitarbeitende in Gemeinden, kommunalen Betrieben und ausgegliederten Einrichtungen, die sich weiterqualifizieren möchten. Gleichzeitig sprechen wir auch Quereinsteiger:innen an, die sich für eine Tätigkeit im kommunalen Bereich interessieren und mit entsprechender Berufserfahrung einen akademischen Abschluss anstreben. Der Bachelor Professional ist dafür besonders geeignet, weil der Zugang zu diesem Studium für Personen mit einschlägiger Berufserfahrung auch ohne formelle Studienberechtigung möglich ist.

Kann der Universitätslehrgang auch nebenberuflich absolviert werden?

Wir möchten mit unserem Studienangebot vor allem Personen ansprechen, die schon mitten im Berufsleben stehen. Durch die größtenteils online organisierte Struktur lässt sich die Ausbildung flexibel in den Arbeitsalltag integrieren.

Welche Vorteile bietet die Kooperation mit dem KDZ?

Für den Studiengang kooperieren wir mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Das KDZ bringt umfassende Expertise in den Bereichen Verwaltungsmodernisierung, Gemeindemanagement und Organisationsentwicklung ein. Diese Partnerschaft gewährleistet, dass der Studiengang optimal an den Bedürfnissen der Praxis ausgerichtet ist und aktuelle Entwicklungen auf Gemeindeebene einbezieht.

An wen können sich Interessent:innen wenden, wenn sie weitere Informationen zum Lehrgang erhalten möchten?

Mein Team steht unter gemeinderecht@jus.sfu.ac.at gerne für alle Rückfragen zur Verfügung. Informationen finden sich auch online unter jus.sfu.ac.at.



WEBTIPP



Informationen zum Lehrgang



Hilfestellung zur Informationsfreiheit

Was bietet die SFU für Gemeinden noch an?

An der Jus-Fakultät der SFU arbeiten wir derzeit an vielen Themen, die für Gemeinden besonders relevant sind. Eines davon ist die Abschaffung des Amtsgeheimnisses, das ab September 2025 durch die Informationsfreiheit abgelöst wird. Im Zusammenhang damit stellen sich gerade für die Gemeindeverwaltung viele Fragen, die wir derzeit in einem Forschungsprojekt sammeln und dann wissenschaftlich analysieren. Ziel ist es, den Gemeinden wissenschaftlich fundierte Hilfestellung bei der Umstellung zur neuen Informationsfreiheit zu bieten. In diesem Zusammenhang findet derzeit auch eine „LawClinic“ statt, bei der sich Gemeinden kostenfrei rechtlich beraten lassen können (Anmeldung im November noch möglich). Alle Infos dazu finden Sie auf der Website der SFU bzw unter <https://tinyurl.com/5zuhe4b3>. Stellen Sie uns dort gerne Fragen zur Umsetzung der Informationsfreiheit in Ihrer Gemeinde!

„In diesen schweren Zeiten dürfen Gemeinden nicht alleine gelassen werden“



© zVg

Univ.-Prof.ⁱⁿ (SFU) Dr.ⁱⁿ Teresa Weber, MSc
 Universitätsprofessorin für Öffentliches Recht und Studiengangsleiterin des Lehrganges „Gemeinderecht und Gemeindemanagement“

Trump kehrt zurück: Politische und wirtschaftliche Folgen für die EU, Österreich und die Europäische Demokratiehauptstadt Wien im globalen Machtspiel

Donald J. Trump ist nach seinem Wahlsieg am 5. November 2024 zurück im Weißen Haus und übernimmt erneut die Führung der USA, einem Land mit etwa 344 Millionen Einwohner:innen. Mit Trumps Rückkehr werden politische Veränderungen erwartet, die nicht nur die amerikanische, sondern auch die europäische Politik beeinflussen könnten. Die EU steht vor der Herausforderung, die transatlantische Partnerschaft unter Trump neu zu gestalten und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit zu stärken. Auch für Österreich, insbesondere für die Bundeshauptstadt Wien, die Sitz zahlreicher internationaler Organisationen ist, ergeben sich in Bezug auf Außenpolitik und wirtschaftliche Interessen neue Komplexitäten.

Zwischen Kooperation und Konkurrenz: US-Machtkonstellationen und EU-Wirtschaft

Trumps Wahlsieg stellt für Europa eine zentrale Weichenstellung hinsichtlich der Wirtschafts- und Handelspolitik dar. Der Republikaner steht grundsätzlich für eine eher protektionistisch ausgerichtete internationale und multilaterale Politik. In wirtschaftlicher Hinsicht könnte dies bedeuten, dass Handelsbarrieren weder gelockert noch weitere EU-USA-Kooperationsfelder erschlossen werden. Trump verfolgt demgemäß den gegenteiligen Kurs, den US-Präsident Joe Biden (2021-2024) in seiner Amtszeit anvisiert hatte. Das Faktum, dass Österreich wirtschaftlich stark in den EU-Binnen-

markt eingebunden ist und von der Stabilität der transatlantischen Beziehungen profitiert, macht die Situation noch diffiziler. Problematisch sind darüber hinaus die programmatischen Punkte Trumps in Bezug auf Fragen der Sicherheit, der Demokratie und des Klimaschutzes. Auch in diesen Bereichen wird es schwierig sein, eine übereinstimmende transatlantische Allianz zu bilden, zumal dessen Überzeugungen dahingehend geradezu als fragwürdig erscheinen. Eine stabile und vertrauensvolle Politik zwischen der EU und den USA wird also zunehmend komplexer werden. Während die Demokratin Kamala Harris schon während des US-Wahlkampfes mehrmals betont hatte, dass sie in den Bereichen Klimapolitik, nachhaltige Energie und digitale Wirtschaft eng mit Europa zusammenarbeiten möchte, leugnete Trump die globalen klimatischen Verhältnisse häufig. Für die EU wäre es jedenfalls unter einer US-Präsidentin Harris einfacher gewesen, verschiedene Kooperationen in zukunftsweisenden Bereichen, wie z. B. im Rahmen der (Weiter-)Entwicklung von Wasserstofftechnologie und grüner Energie, unter anderem mit einem Zugang zu neuartigen technologischen Entwicklungen, zu verwirklichen. Wichtiger denn je ist es für die EU nun, die eigene Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt effektiv zu sichern, denn speziell unter Präsident Trump haben die USA Interesse daran, ihre Wirtschaft zu fördern und im globalen Wettbewerb die eigene Vormachtstellung in Schlüsselsektoren zu verteidigen. Gerade im Zeitalter Künstlicher Intelligenz (KI), in dem wir gegenwärtig leben, könnte es zu weitreichenden wettbewerblichen Spannungsverhältnissen im Digitalisierungs- und Technologiesektor zwischen der EU und den USA kommen. Was für die EU-Wirtschaft und EU-Technologie somit in ihrem Agieren weiterhin essenziell sein muss, ist der umsichtige Ausbau der eigenen ökonomischen Souveränität bei gleichzeitiger Förderung eines gezielten transatlantischen Zusammenspiels beider Mächte,

ohne sich von den USA und der Politik Trumps völlig abzukoppeln.

Österreichs Außenpolitik im Fokus: Diplomatie im Wandel?

Als neutraler EU-Staat nimmt Österreich in der Außenpolitik eine besondere Rolle ein. Trumps Wahlsieg eröffnet auf diplomatischer Ebene eine neue Ära in den Beziehungen zu den USA, insbesondere bezüglich internationaler Institutionen wie der OSZE und der UNO, die auch in Wien ihren Sitz haben. Österreichs Außenpolitik steht zunehmend als „Brückenbauer“ im Fokus, um in globalen Krisen diplomatische Lösungen zu fördern und auf die Interessen aller Seiten einzugehen. Bleibt die politische Spaltung in den USA bestehen, könnte dies Österreich zusätzliche Herausforderungen bringen, besonders angesichts internationaler Spannungen, etwa zwischen den USA, China und dem Nahen Osten. Zudem erschwert Trumps prorussische Position zur Ukraine den Dialog zwischen der EU und den USA. Der Ukraine-Krieg stellt Österreich vor die Frage, wie es neutral bleiben und zugleich deeskalierende Maßnahmen unterstützen kann. Die Hauptaufgabe für unser Land bleibt, die Zusammenarbeit mit den USA zu fördern und dabei seine neutrale, vermittelnde Rolle in der Weltpolitik zu bewahren – stets im Einsatz für Demokratie und Menschenrechte.

Zur Rolle Wiens als Europäische Demokratiehauptstadt

Die Bundeshauptstadt Wien wurde im Jahr 2023 von Expert:innen (und unter Beteiligung von EU-Bürger:innen) zur sogenannten „Europäischen Demokratiehauptstadt 2024/25“ (European Capital of Democracy) gewählt. Die Wiederwahl von Trump stellt somit auch Wien vor neue Hürden, immerhin ist die österreichische Bundeshauptstadt ein zentraler Standort internationaler Organisationen und diplomatischer Institutionen (z. B. OSZE, UN-Einrichtungen), die alle durch gemeinsame multilaterale Werte wie Kooperation, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte verbunden sind. Trump hingegen verfolgt eine nationalistische Politik bei gleichzeitiger Signalisierung einer sukzessiven Abkehr der USA von internationaler Zusammenarbeit. Für Wien bedeutet dieses Agieren Trumps nicht nur, symbolisch eine führende Rolle im eu-

© Unsplash/Mathieu Stern





europäischen Einsatz für Demokratie einzunehmen, sondern auch, aktiv neue Partnerschaften zu knüpfen, um ein Gegengewicht zu den politischen Strömungen jenseits des Atlantiks zu schaffen. Die vielschichten Kooperationen auf europäischer Ebene und die Betonung gemeinsamer Werte innerhalb der EU müssen gegenwärtig gestärkt werden (insbesondere die Rechtsstaatlichkeit). Wien kann als Demokratiehauptstadt hier maßgeblich zu einem guten Gelingen beitragen und zu einer Stadt der globalen Demokratievernetzung und des transnationalen Dialogs werden.

Quo vadis transatlantische Partnerschaft?

Präsident Trumps Einfluss könnte die transatlantische Partnerschaft, besonders in der Sicherheitspolitik, erschweren. Ein Sieg der Demokratin Harris hätte die internationale Zusammenarbeit vermutlich gestärkt. Dennoch bleibt es für Österreich zentral, sich an

der Seite der USA zu positionieren und in Kernbereichen, wie z.B. der Digitalisierung, als verlässlicher Verbündeter aufzutreten. Im Bereich Verteidigung jedoch verlieren die USA unter Trump an Zuverlässigkeit, die europäischen Staaten werden ohne erhöhte Investitionen in die Rüstung längerfristig nicht auskommen. Gleichzeitig bleibt die Frage nach Europas Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit aktuell: Die EU muss ihre wirtschaftlichen Interessen aktiv schützen und auf eigene Innovationskraft setzen, um den multiplen Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Dieser Kommentar verdeutlicht, dass Trumps Sieg nicht nur die US-Innenpolitik prägt, sondern globale Auswirkungen hat. Die Frage bleibt, ob die EU und die USA in einer Welt voller Unsicherheiten ihre Partnerschaft neu definieren können, ohne ihre Eigenständigkeit zu gefährden – eine Bewährungsprobe, die die internationale politische Ordnung der Zukunft mitgestalten wird.



© z/y/g

Mag. Dr. Marlon Possard, MSc, MA

(geb. 1995) ist Wissenschaftler (Assistant Professor/PostDoc) am Department für Verwaltung, Wirtschaft, Sicherheit und Politik und am Research Center Administrative Sciences (RCAS) an der FH Campus Wien – University of Applied Sciences. Im Sommer 2024 war er Visiting Researcher an der Harvard University in den USA.

Aktuell habilitiert er sich.

Weitere Informationen finden Sie unter [possard.at](https://www.possard.at)

Besser spät
als nie –
aber wann
wird aus spät
zu spät?

Nachhaltigkeit duldet keinen Aufschub. Beginnen Sie daher jetzt mit konkreten Schritten! Vorbereitungen für Regulatoriken wie CSRD oder CSDDD sind ein guter Anfang. Mit unserer Unterstützung sind Sie nicht nur rechtzeitig und rechtskonform, wir machen Sie zum Frontrunner.

[ey-denkstatt.at](https://www.ey-denkstatt.at)



Daseinsvorsorge jetzt ausbauen! Wie kommen wir ins Tun?

Die Krisen der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass konservative-rechts-populistische Regierungen bei knappen Budgets lieber den Rotstift bei Daseinsvorsorge und Wohlfahrtsstaat ansetzen, statt etwa gesellschaftlich nützlicher Maßnahmen, wie die Besteuerung von Superreichen für eine Gegenfinanzierung zu beschließen. Gleichzeitig engt die Anwendung der strengen Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Spielräume für oftmals dringend benötigte Investitionen ein. Investitionen, die Beschäftigten nützen, aber auch die Rolle der Daseinsvorsorge innerhalb der Gesellschaft deutlich machen. Denn die Daseinsvorsorge ist das Rückgrat des Wohlfahrtsstaates und ihre Rolle muss gestärkt werden.

Es gibt aber Hebel, die genutzt werden sollten, um die Finanzierungsbasis für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Zum einen kann die KÖST wieder auf das ursprüngliche Niveau von 25% angehoben werden, denn die Senkung auf 23% kostete dem Staat und den Gemeinden bisher 1,2 Mrd. Euro. Zum anderen könnte eine Übergewinnsteuer für die Krisengewinner – Banken, Mineralölkonzerne etc. – Abhilfe schaffen. Daseinsvorsorge wird größtenteils über allgemeine Steuern, Gebühren und Abgaben finanziert, sprich von uns allen. Brechen wir dies nun auf eine Gemeinde herunter, so können wir sehen, dass wenn die Steuereinnahmen durch Krisen oder neoliberale Reformen sinken, der Gemeinde weniger finanzielle Mittel übrigbleiben, um damit zu arbeiten. Denn die Prognosen für die nächsten Jahre sehen für die Gemeinden überhaupt nicht gut aus. Jede zweite Kommune läuft Gefahr, eine Abgangsgemeinde zu werden. Das heißt, dass die laufenden Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Das bedeutet in der Praxis, dass die Gemeinde keine Investitionen, wie dringend auch immer, setzen kann. Diese Finanzsituation wirkt sich negativ auf die Leistungen der Daseinsvorsorge aus, also auf die Bürger:innen und die Arbeitnehmer:innen in den Gemeinden. Immerhin sind fast 30% aller Beschäftigten in Österreich im Bereich der Daseinsvorsorge tätig – um die Rolle dieses Bereichs etwas greifbarer zu machen. Allein im Gesundheitsbereich arbeiten in Österreich gegenwärtig mehr Personen als in der Stadt Innsbruck leben.

Genau das ist auch die Herausforderung für die kommende Regierung. Sie übernimmt ein aus dem Ruder gelaufenes Budget, das durch massive Einsparungen entlastet werden soll. Und das in einer Zeit, in der es massive Investitionen braucht. Denn wir benötigen rund 300 Milliarden Euro an Investitionen bis 2030, um die Volkswirtschaft klimaneutral aus- und umzubauen. Wie wir aber bereits wissen, gehen sich diese Investitionen für jede zweite Gemeinde einfach nicht aus. Dabei muss auch in die Daseinsvorsorge als solches investiert werden, denn sie ist ein Garant dafür, dass die Gesellschaft läuft und der soziale Zusammenhalt besteht. Diese Finanzierungs- aber auch die Beschäftigungsaspekte betrachtet die aktuelle Studie der Arbeiterkammer „Daseinsvorsorge 2030 – Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen“ und gibt Einblicke in den Personalbedarf bis 2030.

Welche Beschäftigungsaspekte braucht es?

Wir haben in den verschiedenen Sektoren der Daseinsvorsorge einen enorm hohen Personalbedarf, einerseits durch Pensionierungen und Personallücken und andererseits durch Ausscheiden aus dem Beruf. Allein auf die Elementarpädagogik entfallen durch das Ausscheiden aus dem Beruf rund 11.000 Fachkräfte, im Verhältnis dazu entfallen „nur“ 7.500 durch Pensionierungen. Jede vierte Pflegeauszubildende hat wischen 2016 und 2021 ihre Ausbildung im Land Oberösterreich abgebrochen. Das heißt, wir sehen auch, dass etwas an den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie an den Bedingungen nicht gut ist. Das eine ist die Bezahlung, doch der andere und wesentliche Punkt ist auch die Ausgestaltung der Berufsbilder, genügend Personal, um nicht am Limit zu arbeiten, keine ständigen Ersatzdienste oder hohe Überstunden. Allein im Gesundheitssektor fallen jährlich im Durchschnitt 14,6 Millionen Überstunden an. Sehen wir uns die gesamte Daseinsvorsorge an, so werden pro Jahr 30 Millionen an Überstunden erbracht – das wären 20.000 Jobs, wenn wir es umrechnen. Der andere und wesentliche Part ist, wie in der Studie bereits besagt, die Grundversorgung innerhalb planetarer Grenzen bereitzustellen. 70% der Klimaschutz- und 90% aller Klimawandelanpassungsmaßnahmen werden auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt. Dadurch ergeben sich einige Problemstellungen, denn die Rahmenbedingungen in Österreich bieten den Städten



Fotos: © zVg

Monika Wipplinger, BA

Fachexpertin younion _ Die Daseinsgewerkschaft und Mitglied des Kuratoriums des Urban Forum

Thomas Kattinig

Mitglied des Bundespräsidiums von younion _ Die Daseinsgewerkschaft

und Gemeinden nur begrenzt Möglichkeiten, auf die Herausforderungen der Klimakrise zu reagieren. Um das zu ändern, braucht es eine Einbindung und Neuausrichtung der Klimapolitik mit einem klaren Fokus auf Städte und Gemeinden und ihre Beschäftigten. Unser 15 Punkte-Plan greift genau diese Herausforderungen auf und gibt Lösungsansätze vor. Die da wären: Eine klare Verteilung von Kompetenzen und Pflichten, mehr Kooperation zwischen Städten und Gemeinden, mehr Jobs in der Daseinsvorsorge, adäquate Aus- und Weiterbildung, mehr Geld für Investitionen und Klimaschutz im Finanzausgleich verankern, um nur einige zu nennen.

Runtergebrochen auf die Arbeitsplätze bedeutet das, Lösungen zu finden, wie mit z. B. steigenden Temperaturen, der thermischen Sanierung, Bereitstellung von leistbarer Energieversorgung und Qualifikationsaufbau umgegangen wird. Um die Klima- und Energieziele zu erreichen, brauchen wir bis 2040 im Bereich der thermischen Sanierung jährlich rund 9.300 Fachkräfte, was einen Gesamtstundenbedarf pro Jahr von 13 Millionen Arbeitsstunden bedeutet. Im ÖPNV zeichnet sich durch verschiedene mögliche Modelle eine erste Schätzung ab, dass 30% mehr Beschäftigte, das sind rund 24.000 Personen, benötigt werden. Neben den Beschäftigten brauchen wir dringende Investitionen in den Öffentlichen Verkehr, vor allem im ländlichen Raum. In Summe sprechen wir von rund 217.000 Beschäftigten, die wir zusätzlich bis zum Jahr 2030 brauchen, um die Daseinsvorsorge für alle bereitzustellen. Diese Menschen müssen qualitativ hochwertige Ausbildungen bekommen, um auch die besten Fachkräfte von morgen zu werden.

Korruptionsstrafrechtliche Grundsätze für Amtsträger:innen¹

Das Korruptionsstrafrecht gewinnt in Österreich zunehmend an Bedeutung. Entscheidungsträger:innen in öffentlichen Positionen, wie Bürgermeister:innen, haben zahlreiche Tatbestände bei der Verichtung ihrer Amtsgeschäfte zu beachten. Der gegenständliche Artikel ist der Beginn einer Artikelserie, die einen Überblick über das österreichische Korruptionsstrafrecht verschaffen soll.

Korruption ist eines der sensibelsten Themen im öffentlichen Sektor und birgt das Risiko, das Vertrauen der Bürger:innen in staatliche Institutionen nachhaltig zu erschüttern. Im Wesentlichen wird unter Korruption der Missbrauch einer öffentlichen Funktion zur Erzielung eines privaten Vorteils verstanden. In Österreich gibt es eine Vielzahl an Normen, die unter dem Begriff Korruptionsstrafrecht zusammengefasst sind. Der § 304 StGB stellt die sogenannte Bestechlichkeit unter Strafe. Der Strafrahmen beträgt im Grunddelikt bis zu drei Jahre und kann auf ein bis 15 Jahre anwachsen.

Verboten ist das sich versprechen lassen oder fordern eines Vorteils für die pflichtwidrige Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts. Die Pflichtwidrigkeit des jeweiligen Handelns oder Unterlassens ist ausschlaggebend für die Strafbarkeit. Diese kann sich aus gesetzlichen Bestimmungen, Weisungen oder konkreten Amts- oder Dienstpflichten ergeben. Ein Amtsgeschäft kann nur von einem/einer Amtsträger:in vorgenommen werden. Amtsträger:innen sind Personen, die beispielsweise für eine Gemeinde „Aufgaben der Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz“ wahrnehmen. Davon sind neben dem/der Bürgermeister:in auch Gemeindebedienstete umfasst. Zudem gelten auch Organe und Bedienstete von Unternehmen, an welchen Gebietskörperschaften direkt oder indirekt mit mindestens 50% beteiligt sind, als Amtsträger:innen. Was ist nun ein Amtsgeschäft? Als Amtsgeschäft werden (Rechts-)Handlungen bezeichnet, die zur unmittelbaren Erfüllung der wahrzunehmenden Vollziehungsaufgaben dienen. Umfasst ist beispielsweise die Erteilung einer Baugenehmigung, die Vergabe

einer gemeindeeigenen Wohnung oder die Auftragsvergabe zur Sanierung eines Bauwerks. Liegt eine Handlung völlig außerhalb des Aufgabenbereichs von Amtsträger:innen, gelten diese als bloße Privathandlungen: Beispielsweise Interventionen von Bürgermeister:innen für Bürger:innen in einer nicht der jeweiligen Gemeindezuständigkeit unterliegenden Verwaltungsangelegenheit.

Abseits offensichtlicher Geldzahlungen gelten ebenso Gutscheine oder Dienstleistungen sowie der Verzicht auf eine Forderung als Vorteile. Aber auch Scheingeschäfte, die eine entgeltliche Zuwendung verschleiern, werden als Vorteil qualifiziert. Davon umfasst sind beispielsweise fiktive Beraterverträge oder besonders günstige Konditionen bei Kreditverträgen. Zudem können nicht in Geld messbare, sogenannte immaterielle, Vorteile gewährt werden. Darunter fällt etwa das Verschaffen von Auszeichnungen oder Orden sowie die Unterstützung bei Wahlen. Der Vorteil muss auch nicht direkt gewährt werden, sondern kann auch Dritten zugutekommen (Unterstützung bei Bewerbungen von Familienmitgliedern). Zu betonen ist jedoch, dass nicht jede pflichtwidrige Annahme eines Vorteils den Tatbestand der Bestechlichkeit begründet. Ein bloßer Vorteil, der entgegen interner Richtlinien oder Regelungen angenommen wird, macht noch nicht strafbar. Die Annahme des Vorteils muss in Zusammenhang mit dem pflichtwidrig vorgenommenen oder unterlassenen Amtsgeschäft stehen.

Als Vertretung eines Verwaltungskörpers steht man nicht nur im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, sondern ist mitunter auch mit herausfordernden Situationen konfrontiert. Dabei gilt es Interessenkonflikte zu vermeiden. Das Korruptionsstrafrecht sanktioniert den Verstoß gegen besonders schwerwiegende Interessenkonflikte. Im Zweifel sollten persönliche Vorteile nicht angenommen und eine scharfe Trennung zwischen Privatsphäre und Amtshandlungen vollzogen werden.



© zvg

Mag. Karim Mousa, MSc
Rechtsanwalt

Städte der Zukunft: Präzise Daten als Basis für Stadtplanung

Städte sind die Motoren der globalen Entwicklung. Heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Gebieten, bis 2050 wird dieser Anteil auf etwa 70% steigen. Städte produzieren mehr als 80% des weltweiten BIP, aber gleichzeitig stehen sie vor großen Herausforderungen: Ressourcenknappheit, wachsender sozialer Druck und die Auswirkungen des Klimawandels. Weltweit müssen Städte ihre Entwicklungsstrategien anpassen, um diese Herausforderungen zu meistern. World Data Lab bietet hierfür die entscheidenden Werkzeuge.

Die Kraft präziser Daten

World Data Lab bietet tiefgehende Datenanalysen, die Städte bis auf Häuserblockebene abbilden. Diese detaillierten Informationen sind entscheidend, um präzise und informierte Entscheidungen zu treffen. Unsere Daten helfen dabei, die spezifischen Bedürfnisse einer Stadt zu erkennen und gezielte Lösungen zu entwickeln. So können Stadtregierungen beispielsweise:

- Optimale Standorte für neue Unternehmen wie z.B. Supermärkte oder Gewerbegebiete finden.
- Bedarfsgerechte Infrastrukturprojekte identifizieren und priorisieren, etwa Schulen, Krankenhäuser oder Verkehrslösungen.
- Wirtschaftliche Wachstumszentren aufspüren, um Investitionen zu fördern.

Mit diesen datenbasierten Ansätzen erhalten Städte wertvolle Einblicke, die die Planung effizienter und zukunftssicherer machen.

Investitionen anziehen und Wachstum fördern

Daten sind nicht nur für die Stadtplanung wichtig, sondern auch für die Gewinnung von Investoren. Unsere präzisen Standortanalysen bieten klare Hinweise darauf, welche Gebiete für Unternehmen besonders attraktiv sind. Städte, die ihre Wachstumsbereiche und Entwicklungspotenziale aufzeigen, gewinnen leichter Kapital und können Investitionen für wichtige Infrastrukturprojekte finden. So wird das wirtschaftliche Wachstum gefördert, Arbeitsplätze werden geschaffen, und die Lebensqualität steigt.

Investoren suchen nach stabilen, gut geplanten Städten, in denen ihr Kapital langfristig erfolgreich eingesetzt wird. World Data Lab ermöglicht es, diese Städte auf der Grundlage zuverlässiger, zukunftsorientierter Daten zu identifizieren.

Nachhaltigkeit und soziale Inklusion

Neben wirtschaftlichen Zielen spielen auch ökologische und soziale Faktoren eine zunehmend größere Rolle in der Stadtentwicklung. Unsere Daten helfen Stadtregierungen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen und Projekte zu entwickeln, die sowohl die Umwelt schützen als auch die Lebensqualität der Stadtbewohner verbessern. Ob durch die Förderung von umweltfreundlichen Maßnahmen, die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs oder den Ausbau von Grünflächen – World Data Lab liefert die benötigten Informationen, um städtische Entwicklung umweltfreundli-

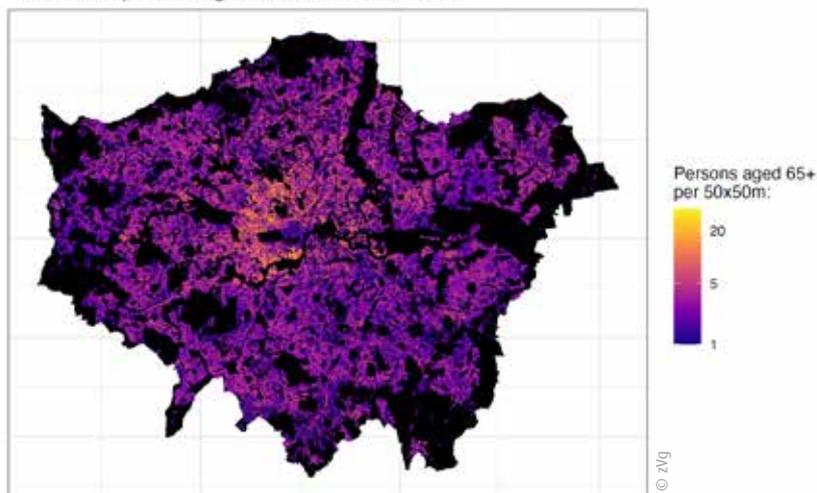
cher und sozial gerechter zu gestalten. Durch die Berücksichtigung von Faktoren wie sozialer Ungleichheit können Städte gezielt Maßnahmen ergreifen, um benachteiligte Gemeinschaften zu unterstützen.

Die Zukunft mit datenbasierten Lösungen gestalten

Daten sind die Grundlage jeder erfolgreichen Stadtentwicklung. Sie helfen dabei, präzise und langfristige Entscheidungen zu treffen, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich sinnvoll sind. Die Werkzeuge, die World Data Lab bietet, sind für Städte weltweit von entscheidender Bedeutung, um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern und gleichzeitig auf die Chancen der Zukunft vorbereitet zu sein. Unsere Analysen helfen nicht nur, bestehende Probleme zu adressieren, sondern auch, neue Perspektiven für Wachstum und Entwicklung zu eröffnen. Auf Grundlage präziser Daten können Städte nicht nur nachhaltiger, sondern auch innovativer und wirtschaftlich stabiler werden.

Erfahren Sie mehr über unsere Arbeit und wie wir Städte weltweit unterstützen können, auf www.worlddata.io.

Numbers of persons aged 65+ in London in 2030



Matthias Schuller

Projektmanager für Stadtentwicklung
von World Data Lab
matthias.schuller@worlddata.io

Kulturgut Buch inspiriert Generationen Buchhandlungen als Zentren für Wissen und Lesewelten

Steigende Kosten für Transport, Versand, Energie und Personal setzen den Buchhandel unter Druck. So manche Buchhändler sehen sich aufgrund der belastenden Situation gezwungen, ihre Pforten dauerhaft zu schließen. Umso wichtiger ist es, sich bewusst zu machen, welchen wertvollen Beitrag Buchhandlungen als Orte der Inspiration, des Austauschs und der Bildung leisten, warum es sich lohnt, sie aktiv zu unterstützen und welche Bedeutung dem Kulturgut Buch dabei zufällt.

Obwohl digitale Medien unseren Alltag dominieren, bleibt das gedruckte Buch ein unvergleichliches Erlebnis. Es bietet mehr als flüchtige Informationen – es fördert die Fähigkeit, sich in ein Thema zu vertiefen und lädt zum bewussten Nachdenken ein. In einer Welt, die von ständiger Reizüberflutung geprägt ist, ist das Lesen eines Buches eine Form der Entschleunigung, die dazu beiträgt, nachhaltiges Wissen zu erlangen und die eigene Konzentrationsfähigkeit zu stärken. Diese Fähigkeit geht in der heutigen Zeit zunehmend verloren, da viele Menschen hauptsächlich kurze, schnell konsumierbare Inhalte wie Videos und Social Media bevorzugen. Doch gerade das intensive Lesen ermöglicht eine tiefere Auseinandersetzung mit Inhalten, was unser Denken und unser Verständnis nachhaltig bereichert.

Buchhandlungen: Treffpunkte für Austausch, Lesungen und Dialoge

Buchhandlungen sind in diesem Kontext von besonderer Bedeutung. Sie bieten eine Umgebung, in der Bücher nicht nur als Konsumgüter wahrgenommen werden, sondern als wertvolle Kulturgüter, die unser Leben beeinflussen. Sie schaffen eine Atmosphäre, die das Lesen zum Erlebnis macht und fördern zudem durch Lesungen, Autorenveranstaltungen und literarische Diskussionen den kulturellen Austausch.

Wert der Literatur vermitteln

Besonders wichtig ist es, junge Menschen für die Welt der Bücher zu begeistern. Lesungen in Schulen spielen dabei eine zentrale Rolle, indem sie Kindern und Jugendlichen frühzeitig Zugang zur Literatur verschaffen, ihre Lesekompetenz fördern und die Freude am Lesen wecken. Sie regen die Fantasie an, stärken die Sprachfähigkeiten und vermitteln kulturelle Werte. Durch den direkten Kontakt mit Autoren wird Literatur lebendig und greifbar.



Um den Wert des Buches als Kulturgut in der Gesellschaft zu verankern, sind gezielte Image-Kampagnen notwendig. Diese sollten nicht nur die Bedeutung von Büchern und Buchhandlungen hervorheben, sondern auch die einzigartige Erfahrung, die das Lesen in einer Buchhandlung mit sich bringt. Es geht darum, Bücher nicht nur als Informationsquellen zu präsentieren – sie sind Erlebnisse, die inspirieren, Wissen vertiefen und unser Leben bereichern. Ziel ist es, die literarische Vielfalt zu erhalten und Buchhandlungen als kulturelle Anlaufstellen zu stärken.

Schulbuchaktionen

Gleichzeitig ist die enge Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen entscheidend, um sicherzustellen, dass Bücher ein zentraler Bestandteil der schulischen Bildung bleiben. Initiativen wie die Schulbuchaktionen sind ein wichtiger Schritt, um den Zugang zu Literatur für alle Altersgruppen zu fördern und die Verfügbarkeit von Büchern zu gewährleisten.

Mein Appell

Buchhandlungen sind Hüter der Literatur, Brückenbauer zwischen Vergangenheit und Zukunft. Es ist unsere Aufgabe, diese Orte der Inspiration aktiv zu schützen und die kulturelle Seele unserer Gesellschaft zu bewahren.



KommRⁱⁿ Irene Alexowsky

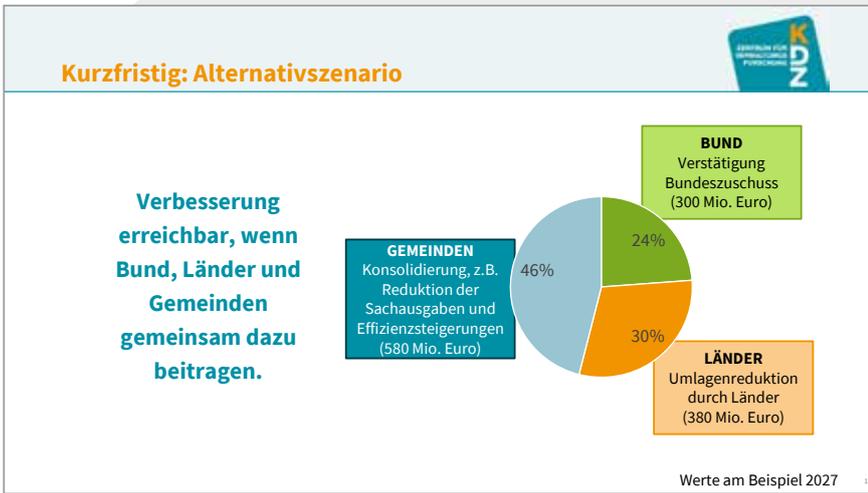
Obfrau Buch- und Medienwirtschaft –
Wirtschaftskammer NÖ

Veranstaltung „Stadt und Land am Rand?“



Urban Forum veranstaltete vor kurzem gemeinsam mit KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und dem Österreichischen Städtebund eine gut besuchte Enquete zum Thema „Stadt und Land am Rand? Die kommunale Ebene zwischen Sparen und Investieren“.

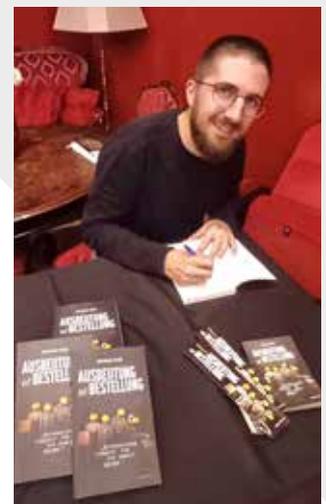
Neben einer Keynote von Peter Biwald (Geschäftsführer KDZ) diskutierten Barbara Blaha (Leiterin Momentum-Institut), Thomas Weninger (Generalsekretär Österreichischer Städtebund) und Erich Trummer (Vizepräsident Österreichischer Gemeindebund und Bürgermeister von Neutal) unter der professionellen Moderation von Alice Schmatzberger. Die Initiative zu dieser Veranstaltung im Albert Schweitzer-Haus ging von Renate Brauner (Vorsitzende des Kuratoriums von Urban Forum) aus, die die Veranstaltung auch inhaltlich eröffnete.



Fotos: © zVg

Buchpräsentation „Ausbeutung auf Bestellung“

Im Oktober widmete sich Urban Forum dem wichtigen Thema Arbeit. Der freie Journalist Johannes Greß, ein studierter Politikwissenschaftler, präsentierte sein Buch „Ausbeutung auf Bestellung“ im Zentralkino-Center Wiener Neustadt und lieferte erschütternde Zahlen, Daten, Fakten zu moderner Form von „Sklaverei“, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, illegaler Beschäftigung und sonstigen Formen von Ausbeutung. Greß zeigt nicht nur die prekäre Situation der Betroffenen auf, sondern gibt ihnen in seiner Publikation auch eine Stimme.



Fotos: © zVg



Gerhard Seban, Vizepräsident der Arbeiterkammer NÖ und Landesvorsitzender der Gewerkschaft BAU-HOLZ (GBH) in Niederösterreich, eröffnete die Veranstaltung mit einführenden Worten. Im Anschluss an die Buchpräsentation fand eine rege Interaktion mit dem Publikum statt.

Autor: Johannes Greß | ISBN: 978-3-99046-697-1 | Erschienen 2024, 268 Seiten

55 Jahre KDZ



Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung feierte am 13.11.2024 im Wiener Rathauskeller mit zahlreichen Gästen sein 55-jähriges Bestehen. Vizepräsident Werner Krammer, Bürgermeister von Waidhofen an der Ybbs, konnte stellvertretend für Präsident Matthias Stadler, Bürgermeister von St. Pölten, zahlreiche Ehrengäste, insbesondere Ernst Woller, Erster Wiener Landtagspräsident, Johannes Pressl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Maria Ulmer, Leiterin der Budgetsektion im Bundesministerium für Finanzen (stellvertretend für alle Vertreter:innen aus Ministerien), Mario Abl und Markus Vogl – stellvertretend für alle Bürgermeister:innen, Dietmar Griebler, Magistratsdirektor der Stadt Wien (stellvertretend für alle Magistratsdirektor:innen und Amtsleiter:innen) sowie zahlreich erschienene Mitglieder des KDZ-Vorstandes, Vereins-, Ehren- sowie Kuratoriumsmitglieder begrüßen.

In Vertretung des Hausherrn, Bürgermeister Michael Ludwig, eröffnete Thomas Weninger, Vorsitzender des KDZ-Vereinsvorstandes und Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes die Jubiläumsfeier und blickte in seiner Rede auf 55 Jahre KDZ zurück und strich dabei besondere Erfolgsgeschichten, wie die Internationalisierung neben der Arbeit für die österreichische Verwaltung, insbesondere für die Städten und Gemeinden, hervor. Moderatorin Alexandra Schantl erfragte im Anschluss von den beiden Geschäftsführern Peter Biwald und Thomas Prorok die Historie des Zentrums. Peter Biwald blickte auf die wichtigsten Ereignisse in 55 Jahren zurück und hob besonders gelungene Projekte wie die Etablierung von Bürgerservicestellen, die selbst erarbeitete Expertise zu den Gemeindefinanzen, zum Finanzausgleich sowie die Etablierung der

Transparenzplattform www.offenerhaushalt.at hervor. Thomas Prorok unterstrich die Erfolgsgeschichte des KDZ und gab den rund 150 Gästen einen Einblick in die zukünftigen Vorhaben. Besonders bei Innovationen im öffentlichen Sektor will das Zentrum vorangehen, die Transparenz forcieren, Nachhaltigkeit stärken, die Internationalisierung weiter vorantreiben und die eigenen Netzwerke auf allen Ebenen ausbauen.

Wir gratulieren zum Jubiläum und wünschen dem großartigen Team des KDZ weiterhin viel Erfolg!





Mit dem Flughafen Wien stressfrei abheben.

Die besten Services für Ihre entspannte Reise:

Services jetzt online buchen ab € 11,-



Lounges

Die Zeit vor dem Abflug genießen und entspannt abheben.



Begleit-Service

Auf dem schnellsten Weg durch den Flughafen, begleitet von Ihrem persönlichen Betreuer.



FastTrack

Weniger Wartezeit durch den extra Zugang zum Security Check.



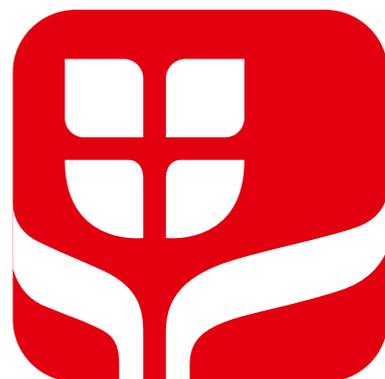
Gepäck-Service

Unbeschwert Abfliegen oder Ankommen: Wir kümmern uns um Ihr Gepäck.

vie-shop.viennaairport.com

VIE Vienna Airport

WIENER STÄDTISCHE



VIENNA INSURANCE GROUP